



Grosser Rat will bei Kunst am Bau sparen

KANTON BERN Der Grosse Rat sprach sich gestern für eine Beschränkung der Ausgaben für Kunst am Bau aus. Der Abstimmung ging eine angeregte Debatte voraus.

In einem waren sich die Grossräte gestern einig: Über Kunst am Bau haben sie schon oft diskutiert – und immer fiel die Debatte kontrovers aus. So auch gestern, als sich der Grosse Rat im Rahmen seiner Junisession für eine Beschränkung der Ausgaben für Kunst am Bau aussprach.

Die SVP-Grossräte Lars Guggisberg und Mathias Müller verlangten in ihrer Motion, dass bei Neubau- und Umbauprojekten des Kantons höchstens 0,25 Prozent der Gesamtkosten und maximal 120 000 Franken für Kunst am Bau aufgewendet werden dürfen. Seit 2013 gilt die Regelung, dass der Kanton bei breitenwirksamen Bauten in angemessenem Rahmen in Kunst investieren kann. Seither hat er insgesamt 1,1 Millionen Franken für entsprechende Projekte ausgegeben. Beim Neubau Campus Biel der Berner Fachhochschule sind weitere 1,3 Millionen Franken eingeplant.

Die Voten im Grossen Rat waren absehbar: Mitmotionär Müller appellierte an den freien Markt, dem sich auch die Kunst

zu unterwerfen habe, und argumentierte gegen eine elitäre Kunstförderung. Die Befürworter sollten entsprechende Kunstprojekte «aus dem eigenen Portemonnaie» bezahlen. Luc Mentha (SP) unterstrich die Bedeutung der Kunst für die Gesellschaft und wies den Rat darauf hin, dass Bern im kantonalen Vergleich unterdurchschnittlich viel für Kultur ausbe. Martin Aeschlimann von der EVP sprach sich gegen ein Kostendach bei Kunst am Bau und die damit verbundene «Preisschild-Diskussion» aus, und Peter Sommer von der FDP gab zu bedenken, dass die heutige Vergabepaxis auf Freiwilligkeit basiere. Die fixe Regelung könne längerfristig gar zu Mehrausgaben führen. Barbara Stucki von der GLP sprach sich schliesslich für den Status quo aus, den sie als «zielführend» betrachtet: Bei einzelnen Grossprojekten mit viel Publikumsverkehr einen grösseren Betrag in Kunst am Bau investieren und dafür bei anderen Projekten darauf verzichten.

Der Vorstoss wurde schliesslich als Postulat gemäss der Empfehlung des Regierungsrats mit 95 zu 55 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Dies erlaubt eine unverbindliche Prüfung der Regulierung.

Stefanie Christ